

Vorschau Sommersession 30. Mai – 16. Juni 2023 / Umweltschutz

Nationalrat

<p>22.461 Parlamentarische Initiative</p>	<p>Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft</p>	<p>Differenzen</p> <p>Um möglichst bald zusätzlich 1 TWh erneuerbare Energie pro Jahr zu produzieren und sich dabei nicht mit Verfahren bremsen zu lassen, sollen die Kantone Baubewilligungen für weit fortgeschrittene Windenergieprojekte erteilen.</p>
<p>18.077 Geschäft des Bundesrates</p>	<p>Raumplanungsgesetz. Teilrevision. 2. Etappe</p>	<p>Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates hat die Beratungen zur Teilrevision des Raumplanungsgesetzes abgeschlossen. Sie lehnt zusätzliche Ausnahmebestimmungen für das Bauen ausserhalb der Bauzone ab und unterstreicht damit das Ziel, der Landschaftsinitiative einen wirkungsvollen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.</p> <p>Die Kommissionsmehrheit bekennt sich zum Ziel, die Gebäudezahl ausserhalb der Bauzone zu stabilisieren. Sie hat sich daher gegen weitergehende Ausnahmebestimmungen ausgesprochen sowie einzelne Beschlüsse des Ständerates enger gefasst, während verschiedene Minderheiten gewisse Auflagen lockern möchten.</p>
<p>23.3498 Motion</p>	<p>Ehehafte Wasserrechte schützen und einen klaren Rahmen für die Anwendung der Restwasserbestimmungen schaffen</p>	<p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten,</p> <ul style="list-style-type: none"> - mit der der Bestand bestehender privater bzw. ehehafter Wasserrechte und die Möglichkeit von deren Aufnahme als selbständige und dauernde Rechte ins Grundbuch gesichert wird und - mit der geregelt wird, in welchem Zeitrahmen Wasserkraftwerke mit privaten Wasserrechten die Sanierungspflichten gemäss Art. 80 Abs. 1 - 3 GSchG bzw. die Restwasservorschriften nach Art. 31 ff. GSchG einhalten müssen. Dabei ist materiell möglichst eine Gleichbehandlung mit auf öffentlich-rechtlichen Konzessionen beruhenden Wasserkraftwerken anzustreben.
<p>23.3499 Motion</p>	<p>Produkte mit perfluorierten Chemikalien PFAS bereits am Ursprungsort begrenzen</p>	<p>Der Bundesrat wird beauftragt, um die Herstellung und die Verwendung von Produkten, die perfluorierte Chemikalien PFAS enthalten können, einzuschränken:</p> <ul style="list-style-type: none"> - potenzielle neue Ersatzstoffe zu berücksichtigen, wie dies in den Ergebnissen der vom BAFU im Jahr 2019 veröffentlichten Nationalen Grundwasserbeobachtung (NAQUA), Stand 2016, vorgeschlagen wird; - eine Methode einzusetzen, bei der je nach Relevanz der Produkte zwischen verschiedenen Kategorien unterschieden wird. Denn PFAS sind in sehr unterschiedlichen Produkten enthalten, beispielsweise in Fast-Food-Verpackungen, Feuerlöschschaum oder Medikamenten und Kosmetika. In manchen Fällen sind diese Produkte

		womöglich nicht notwendig, in anderen Fällen sind sie hingegen für die Gesundheit, die Sicherheit oder das Funktionieren unserer Gesellschaft erforderlich und in wiederum anderen Situationen können sie durch andere Produkte oder Verfahren ersetzt werden.
--	--	--

Ständerat

<p>21.047 Geschäft des Bundesrates</p>	<p>Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz</p>	<p>Differenzen</p> <p>Die Restwasserbestimmungen sollen weiter uneingeschränkt gelten, beantragt die Energiekommission des Ständerates. Im Gegenzug spricht sie sich für Gebiete aus, in denen die Nutzung der Solar- und Windenergie Vorrang gegenüber anderen Interessen hat. Sie lehnt neuen Pflichten zu Solaranlagen auf Gebäuden ab, Parkplätze sollen jedoch mit Solarelementen überdacht werden.</p> <p>In intensiven Diskussionen hat sich die Energiekommission des Ständerates mit den Differenzen zum Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (21.047) befasst. Zu zahlreichen Punkten bringt sie neue Vorschläge ein, um einen angemessenen Ausgleich zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen zu finden und so eine breit abgestützte Vorlage zu schaffen.</p>
<p>22.025 Geschäft des Bundesrates</p>	<p>Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag</p>	<p>Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, nicht auf den indirekten Gegenentwurf zur Biodiversitätsinitiative einzutreten. Die Schweiz verfüge bereits über ausreichend Flächen, um dem Biodiversitätsrahmenwerk von Kunming-Montreal nachzukommen. Ein Gegenentwurf mit einem "Swiss Finish" sei unnötig.</p> <p>Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-S) hat mit 6 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, nicht auf den indirekten Gegenentwurf des Bundesrates (22.025) einzutreten. Die Kommissionsmehrheit ist der Überzeugung, in der Schweiz bestünden die Voraussetzungen bereits, um ausreichend Flächen mit besonderer Bedeutung für die Biodiversität festzulegen. Damit könne das globale Ziel 3 des Übereinkommens von Kunming-Montreal (Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework), bis 2030 mindestens 30 Prozent Flächen für den Schutz und die Förderung der Biodiversität zu sichern, auch in der Schweiz weitgehend erfüllt werden. Die Mehrheit der Kommission erachtet es als unnötig, mittels eines indirekten Gegenentwurfs zusätzliche rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.</p>
<p>22.461 Parlamentarische Initiative</p>	<p>Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft</p>	<p>Die Energiekommission des Ständerates spricht sich einstimmig für die schnelle Umsetzung weit fortgeschrittener Windenergieprojekte aus - unter der Bedingung, dass die Standortgemeinden den Projekten in einer früheren Planungsphase bereits zugestimmt haben. Kantonale Kompetenzen für die Planung von Windenergieprojekten sollen in jedem Fall respektiert werden.</p> <p>Die Kommission hat das "Bundesgesetz über die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Windenergieanlagen" zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 22.461 einstimmig angenommen. Wie auch der Nationalrat ist die Kommission überzeugt, dass weit fortgeschrittene Windenergie-Projekte rasch umgesetzt</p>

		<p>werden sollen, um so die erneuerbare Stromproduktion in der Schweiz zu stärken. Insbesondere in den Wintermonaten kann die Windenergie hier einen wertvollen Beitrag leisten.</p> <p>Evt. Differenzen</p>
--	--	---

(Stand: 19. Mai 2023)